

DANIEL NITSCHMANN

Der Zustellungsverkehr  
mit dem  
Vereinigten Königreich

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

510

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

510

Herausgegeben vom  
Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht

Direktoren:  
Holger Fleischer und Ralf Michaels





Daniel Nitschmann

# Der Zustellungsverkehr mit dem Vereinigten Königreich

Eine Studie unter besonderer Berücksichtigung  
der Rechtsentwicklungen seit dem Brexit

Mohr Siebeck

*Daniel Nitschmann*, geboren 1997; Studium der Rechtswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und deutsches, internationales und vergleichendes Zivilverfahrensrecht an der Ludwig-Maximilians-Universität München; 2023 Promotion; Rechtsreferendariat am Oberlandesgericht München.  
orcid.org/0009-0001-1114-0231

ISBN 978-3-16-162599-2 / eISBN 978-3-16-162654-8  
DOI 10.1628/978-3-16-162654-8

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441  
(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2023 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

*Für Marion und Peter*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2022/2023 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur konnten bis Ende Mai 2023 berücksichtigt werden. Sämtliche Internetquellen wurden zuletzt am 31. Mai 2023 abgerufen.

Herzlich danken möchte ich vor allem meinem verehrten Doktorvater, Herrn Prof. Dr. *Wolfgang Hau*, der mich bereits während meines Studiums richtungsweisend gefördert und mein Interesse für das Internationale Zivilverfahrensrecht geweckt hat. Seine hervorragende Betreuung und die vielen wertvollen Anregungen haben entscheidend zum Gelingen der Arbeit beigetragen. Ich bin außerordentlich dankbar, im Rahmen meiner Mitarbeit an seinem Lehrstuhl gewinnbringende Erfahrungen sammeln zu dürfen. Herrn Prof. Dr. *Anatol Dutta* danke ich für die Erstellung des wohlwollenden Zweitgutachtens.

Dank gebührt außerdem den Direktoren des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe *Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht*. Zudem danke ich Herrn Prof. Dr. *Haimo Schack* und der Studienstiftung *ius vivum* sowie der deutsch-britischen Juristenvereinigung für die Gewährung der großzügigen Druckkostenzuschüsse.

Außerdem möchte ich mich bei Herrn Dr. *Tomasz Krzysztof Klama* für seine äußerst wertvollen Anmerkungen bei der Durchsicht des Manuskripts und für die gegenseitige Motivation während unserer gemeinsamen Promotionszeit bedanken. Ich danke ferner Herrn *Daniel Schunke* sowie meinen Kolleginnen und Kollegen am Lehrstuhl von Herrn Prof. Dr. *Wolfgang Hau* für den intensiven fachlichen Austausch wie auch die vielen anregenden Diskussionen.

Der größte Dank gilt meiner Familie, insbesondere meinen Eltern *Marion* und *Peter*, die mir aufgrund ihrer bedingungslosen Unterstützung stets Rückhalt gegeben haben. Ohne sie wäre der Weg zu meiner Promotion nicht denkbar gewesen. Ihnen sei daher dieses Buch gewidmet.

München, im Juni 2023

*Daniel Nitschmann*



## Inhaltsübersicht

Vorwort .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XIII
Rechtsaktverzeichnis .....	XXIV
Abkürzungsverzeichnis.....	XXXII
Einleitung .....	1
<i>A. Gegenstand und Ziel der Untersuchung</i> .....	1
<i>B. Gang der Untersuchung</i> .....	4
Kapitel 1: Die Grundlagen des Zustellungsrechts im deutsch- britischen Rechtsverkehr .....	7
<i>A. Begriff und Bedeutung der Zustellung</i> .....	7
<i>B. Konfligierende Interessen im Zustellungsrecht</i> .....	20
<i>C. Völkerrechtliche Grundlagen des Zustellungsrechts</i> .....	31
<i>D. Rechtsvergleichender Überblick über die nationalen         Zustellungsvorschriften</i> .....	42
Kapitel 2: Die Entwicklung des deutsch-britischen Zustellungsverkehrs bis zum Brexit.....	64
<i>A. Rechtslage vor dem Jahr 1929</i> .....	64

<i>B. Deutsch-britisches Abkommen über den Rechtsverkehr vom 20. März 1928</i> .....	73
<i>C. Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen vom 15. November 1965</i> .....	84
<i>D. Entwicklung des Zustellungsrechts in der Europäischen Union</i> .....	111
<b>Kapitel 3: Die Auswirkungen des Brexits auf die Zustellung von Schriftstücken im deutsch-britischen Rechtsverkehr</b> .....	148
<i>A. Grundlagen des Brexits</i> .....	148
<i>B. Rechtslage nach Ablauf der Übergangsfrist</i> .....	154
<i>C. Vergleich zur Rechtslage vor dem Brexit</i> .....	188
<i>D. Verpasste Chancen aufgrund der fehlenden Anwendbarkeit der Verordnung (EU) 2020/1784 vom 25. November 2020 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen</i> .....	230
<i>E. Ergebnis</i> .....	253
<b>Kapitel 4: Die Entwicklungsperspektiven für den deutsch-britischen Zustellungsverkehr</b> .....	256
<i>A. Perspektiven im Verhältnis zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich</i> .....	258
<i>B. Multilateraler Lösungsansatz: Reform des Haager Zustellungsübereinkommens</i> .....	279
<i>C. Perspektiven im Verhältnis zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich</i> .....	283
<i>D. Einheitliches Zustellungsrecht</i> .....	291

Kapitel 5: Zusammenfassung der Ergebnisse.....	294
<i>A. Kapitel 1</i> .....	294
<i>B. Kapitel 2</i> .....	295
<i>C. Kapitel 3</i> .....	297
<i>D. Kapitel 4</i> .....	299
Literaturverzeichnis .....	301
Materialienverzeichnis.....	337
Sachregister .....	347



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Rechtsaktverzeichnis .....	XXIV
Abkürzungsverzeichnis.....	XXXII
Einleitung .....	1
<i>A. Gegenstand und Ziel der Untersuchung</i> .....	1
<i>B. Gang der Untersuchung</i> .....	4
Kapitel 1: Die Grundlagen des Zustellungsrechts im deutsch- britischen Rechtsverkehr .....	7
<i>A. Begriff und Bedeutung der Zustellung</i> .....	7
I. Zustellungsbegriff .....	7
II. Bedeutung der Zustellung .....	8
1. Zustellung des verfahrenseinleitenden Schriftstücks .....	8
a) Eintritt der Rechtshängigkeit .....	8
b) Fristwahrung und Fristanlauf .....	10
aa) Deutschland .....	11
bb) England und Wales .....	12
c) Zusammenhang mit der Zuständigkeit des Gerichts .....	13
d) Bedeutung im Anerkennungs- und Vollstreckungsrecht .....	15
aa) Rechtslage vor dem Brexit .....	16
bb) Rechtslage nach dem Brexit .....	17
2. Zustellung sonstiger Schriftstücke .....	19
<i>B. Konfligierende Interessen im Zustellungsrecht</i> .....	20

I.	Justizgewährungsanspruch des Zustellungsinteressenten .....	20
II.	Anspruch des Zustellungsempfängers auf rechtliches Gehör .....	22
III.	Grundsatz der Prozessökonomie .....	23
IV.	Balance zwischen den widerstreitenden Interessen .....	24
	1. Schonender Ausgleich bei Konflikten .....	24
	2. Verschärfung der Problematik bei grenzüberschreitenden Zustellungen .....	24
	a) Fiktive Zustellungen .....	25
	b) Dauer der Zustellung .....	26
	c) Sprachenfragen .....	28
	d) Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten .....	29
V.	Fazit .....	30
 C. Völkerrechtliche Grundlagen des Zustellungsrechts .....		31
I.	Deutsches Verständnis: Zustellung als staatlicher Hoheitsakt .....	31
	1. Verbot der Vornahme von Hoheitsakten auf fremdem Territorium .....	32
	2. Konsequenzen für die Auslandszustellung .....	32
	3. Handhabung der Souveränität in Deutschland .....	34
	4. Stürner: Schutzschildfunktion .....	35
II.	Britisches Verständnis der Zustellung .....	36
III.	Kritik am deutschen Souveränitätsverständnis .....	37
	1. Systematische Widersprüche .....	37
	2. Schwächen der <i>Schutzschildtheorie</i> .....	38
	3. Konflikte mit dem Rechtsschutz der Beteiligten .....	40
IV.	Neuordnung der völkerrechtlichen Grundlagen .....	40
 D. Rechtsvergleichender Überblick über die nationalen Zustellungs Vorschriften .....		42
I.	Deutschland .....	42
	1. Grundsatz der Amtszustellung .....	42
	2. Zustellungsadressat .....	43
	3. Zustellung im Inland .....	44
	a) Zustellung durch die Geschäftsstelle .....	44
	b) Zustellung durch die Post oder einen Justizbediensteten .....	45
	4. Zustellung im Ausland .....	46
	5. Zustellung durch Aufgabe zur Post .....	48
	6. Öffentliche Zustellung .....	48
II.	England und Wales .....	50
	1. Zustellung in England und Wales ( <i>service in the jurisdiction</i> ) .....	51
	a) Bedeutung der Parteizustellung .....	51
	b) Zustellungsadressat .....	52

c) Zustellungswege.....	53
aa) Persönliche Zustellung ( <i>personal service</i> ).....	53
bb) Zustellung durch die Post oder <i>document exchange</i> .....	54
cc) Zustellung durch Zurücklassen an einer relevanten Adresse.....	55
dd) Zustellung durch Fax oder andere elektronische Methoden .....	55
ee) Zustellung auf einem alternativen Weg ( <i>service by an         alternative method</i> ) .....	56
d) Besonderheiten bei der Zustellung von sonstigen Schriftstücken.....	57
2. Zustellung im Ausland ( <i>service out of the jurisdiction</i> ).....	57
a) Genehmigungserfordernis .....	57
b) Zustellungswege.....	59
III. Schottland .....	60
IV. Nordirland.....	62

## Kapitel 2: Die Entwicklung des deutsch-britischen Zustellungsverkehrs bis zum Brexit.....

A. <i>Rechtslage vor dem Jahr 1929</i> .....	64
I. Keine Mitwirkung des Vereinigten Königreichs an den Haager Abkommen.....	64
II. Zustellung von Schriftstücken aus Deutschland.....	67
1. Autonomes deutsches Zustellungsrecht .....	67
a) Zustellung im Ausland .....	67
b) Zustellung durch Aufgabe zur Post .....	68
c) Öffentliche Zustellung.....	69
2. Zustellungspraxis im deutsch-britischen Rechtsverkehr .....	69
III. Zustellung von Schriftstücken aus England und Wales.....	71
B. <i>Deutsch-britisches Abkommen über den Rechtsverkehr vom     20. März 1928</i> .....	73
I. Hintergrund.....	73
II. Anwendungsbereich.....	75
1. Zivil- und Handelssache .....	75
2. Zustellung im Gebiet des anderen vertragsschließenden Teiles.....	76
III. Zustellungswege .....	76
1. Zustellung im Wege der aktiven internationalen Rechtshilfe .....	76
a) Verfahren und zuständige Stellen.....	76

b) Formlose Zustellung .....	77
c) Förmliche Zustellung .....	77
d) Eingeschränkter <i>ordre public</i> -Vorbehalt .....	77
e) Kosten und Dauer der Zustellung .....	78
2. Unmittelbare Zustellung durch diplomatische oder konsularische Beamte .....	78
3. Zustellung ohne Einschaltung der Rechtshilfebehörden .....	78
a) Unmittelbare Zustellung durch einen bestellten Vertreter .....	78
b) Unmittelbare Postzustellung .....	79
aa) Zustellung deutscher Schriftstücke im Vereinigten Königreich .....	80
bb) Zustellung britischer Schriftstücke in Deutschland .....	81
c) Unmittelbare Zustellung durch die zuständigen Beamten des Empfängerstaates .....	82
d) Übersetzungserfordernis .....	82
IV. Fortschritte durch das Abkommen .....	83
C. Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen vom 15. November 1965 .....	84
I. Hintergrund .....	84
II. Anwendungsbereich .....	86
1. Zivil- und Handelssache .....	87
a) Auslegung des Begriffs .....	87
b) Problemfälle im deutsch-britischen Rechtsverkehr .....	89
2. Zustellung in das Ausland .....	91
a) Zwingender Charakter des Übereinkommens .....	91
b) Auswirkungen im deutsch-britischen Rechtsverkehr .....	92
III. Zustellungswege .....	93
1. Zustellung im Wege der aktiven internationalen Rechtshilfe .....	93
a) Verfahren und Zentrale Behörden .....	93
b) Förmliche Zustellung .....	95
c) Formlose Zustellung .....	96
d) Ablehnung der Erledigung des Zustellungsersuchens .....	97
aa) Ablehnung nach Art. 13 HZÜ .....	97
bb) Zustellung von britischen <i>antisuit injunctions</i> in Deutschland .....	97
(1) Verstoß gegen Art. 6 Abs. 1 EMRK .....	98
(2) Eingriff in die deutsche Justizhoheit .....	100
(3) Zwischenergebnis .....	101
e) Kosten und Dauer der Zustellung .....	102

2. Unmittelbare Zustellung durch diplomatische oder konsularische Vertreter .....	102
3. Zustellung ohne Einschaltung der Rechtshilfebehörden .....	103
a) Unmittelbare Postzustellung.....	104
aa) Überblick.....	104
bb) Zustellung britischer Schriftstücke in Deutschland .....	104
cc) Zustellung deutscher Schriftstücke im Vereinigten Königreich.....	105
b) Unmittelbare Zustellung durch Justizbeamte oder sonst zuständige Personen .....	106
aa) Überblick.....	106
bb) Widerspruchsmöglichkeit.....	106
cc) Zulässigkeit nach dem nationalen Recht .....	107
c) Übersetzungserfordernis.....	108
IV. Verhältnis zum deutsch-britischen Rechtshilfeabkommen.....	108
V. Fortschritte durch das Übereinkommen .....	110
<i>D. Entwicklung des Zustellungsrechts in der Europäischen Union .....</i>	<i>111</i>
I. Hintergrund.....	111
II. Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 vom 29. Mail 2000 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen.....	113
1. Anwendungsbereich .....	113
a) Zivil- oder Handelssache.....	113
b) Ansässigkeit des Zustellungsempfängers im EU-Ausland.....	114
aa) Ansicht des älteren Schrifttums.....	114
bb) Rechtsprechung des EuGH.....	115
cc) Auswirkung im deutsch-britischen Rechtsverkehr .....	117
c) Keine unbekannte Anschrift des Empfängers.....	118
2. Zustellungswege .....	118
a) Zustellung im Wege der aktiven internationalen Rechtshilfe .....	118
aa) Verfahren, Übermittlungs- und Empfangsstellen .....	118
bb) Zustellung des Schriftstücks.....	120
cc) Annahmeverweigerungsrecht des Empfängers .....	121
dd) Ablehnung der Erledigung des Zustellungsersuchens .....	123
ee) Kosten und Dauer der Zustellung.....	124
b) Zustellung durch diplomatische oder konsularische Vertretungen.....	125
c) Zustellung ohne Einschaltung der Rechtshilfebehörden.....	126
aa) Unmittelbare Postzustellung.....	127
(1) Zustellung britischer Schriftstücke in Deutschland.....	127

(2) Zustellung deutscher Schriftstücke im Vereinigten Königreich .....	129
bb) Unmittelbare Zustellung im Parteibetrieb.....	129
cc) Übersetzungserfordernis.....	130
3. Verhältnis zu anderen Ab- und Übereinkommen.....	132
a) Verhältnis zum Haager Zustellungsübereinkommen .....	132
b) Verhältnis zum deutsch-britischen Rechtshilfeabkommen .....	132
III. Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 vom 13. November 2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen.....	133
1. Hintergrund und Ziele der Reform.....	133
2. Reform der Zustellung im Wege der aktiven internationalen Rechtshilfe.....	134
a) Dauer und Datum der Zustellung .....	135
b) Kosten der Zustellung .....	136
c) Neuregelung des Annahmeverweigerungsrechts .....	137
aa) Spracherfordernis .....	138
bb) Ausübungsfrist .....	139
cc) Belehrungspflicht .....	139
dd) Rechtsfolgen und Heilung .....	140
3. Reform der Zustellung ohne Einschaltung der Rechtshilfebehörden .....	141
a) Unmittelbaren Postzustellung.....	141
aa) Zulässigkeit der Postzustellung .....	141
bb) Durchführung der Postzustellung .....	142
b) Unmittelbare Zustellung im Parteibetrieb.....	143
aa) Zustellung von deutschen Schriftstücken im Vereinigten Königreich.....	144
bb) Zustellung von britischen Schriftstücken in Deutschland..	145
c) Übersetzungserfordernis.....	146
IV. Verordnung (EU) 2020/1784 vom 25. November 2020 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen.....	147

## Kapitel 3: Die Auswirkungen des Brexits auf die Zustellung von Schriftstücken im deutsch-britischen Rechtsverkehr .....

A. Grundlagen des Brexits .....	148
I. Rechtliche Rahmenbedingungen nach Art. 50 EUV .....	148
II. Rechtliche Auswirkungen des Austritts aus der Europäischen Union .....	149

III. Chronologischer Ablauf des Brexits .....	150
IV. „Hard-Brexit“ im internationalen Zivilverfahrensrecht.....	152
<i>B. Rechtslage nach Ablauf der Übergangsfrist .....</i>	<i>154</i>
I. Übergangsvorschriften im Austrittsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich .....	154
1. Überblick .....	154
2. Eingang bei einer maßgeblichen Stelle .....	154
a) Zustellungen im Wege der aktiven internationalen Rechtshilfe .....	155
b) Unmittelbare Zustellungen .....	156
3. Fazit .....	157
II. Einschlägige Rechtsakte außerhalb der Übergangsvorschrift.....	157
1. Keine Anwendung der Europäischen Zustellungsverordnung .....	157
2. Anwendung des Haager Zustellungsübereinkommen .....	158
3. Anwendung des deutsch-britischen Rechtshilfeabkommens.....	159
a) Konsequenzen aus der Nichtanwendung seit Inkrafttreten der Europäischen Zustellungsverordnung .....	159
aa) Streitstand und verwandte Problemfälle .....	159
bb) Kein förmliches Außerkrafttreten des Abkommens .....	163
cc) Außerkrafttreten aufgrund desuetudo .....	164
(1) Anerkennung und dogmatische Einordnung .....	165
(2) Voraussetzungen.....	167
(3) Anwendung auf das deutsch-britische Rechtshilfeabkommen.....	168
dd) Außerkrafttreten aufgrund Obsoleszenz .....	172
(1) Anerkennung .....	172
(2) Voraussetzungen.....	174
(3) Anwendung auf das deutsch-britische Rechtshilfeabkommen.....	175
ee) Fazit.....	177
b) Verhältnis zum Haager Zustellungsübereinkommen .....	177
4. Zwischenergebnis .....	178
III. Zustellungswege .....	178
1. Zustellung im Wege der aktiven internationalen Rechtshilfe .....	178
2. Zustellung durch diplomatische oder konsularische Beamte .....	179
3. Unmittelbare Postzustellung.....	179
a) Haager Zustellungsübereinkommen .....	179
aa) Reziproke Wirkung des deutschen Vorbehalts .....	179
(1) Problemaufriss und Meinungsstand .....	179
(2) Reziprozitätsprinzip aus Art. 21 Abs. 1 lit. b WVK.....	181
(3) Allgemeines völkerrechtliches Reziprozitätsprinzip....	182

bb) Zulässigkeit nach dem Recht des Verfahrensstaates.....	184
b) Deutsch-britisches Rechtshilfeabkommen.....	184
4. Unmittelbare Zustellung durch die zuständigen Beamten des Empfängerstaates.....	185
a) Zustellung von britischen Schriftstücken in Deutschland.....	186
b) Zustellung von deutschen Schriftstücken im Vereinigten Königreich.....	186
5. Unmittelbare Zustellung durch einen bestellten Vertreter .....	187
<i>C. Vergleich zur Rechtslage vor dem Brexit .....</i>	188
I. Komplexität der Rechtslage .....	188
II. Schwächung des Justizgewährungsanspruchs des Zustellungsinteressenten .....	189
1. Zustellungen im Wege der aktiven internationalen Rechtshilfe... 189	
a) Grundlagen.....	189
b) Erhöhter Aufwand durch die Rückkehr eines strengen Übersetzungserfordernisses.....	192
aa) Übersetzungserfordernis im deutsch-britischen Rechtsverkehr.....	192
bb) Auswirkungen in der Praxis .....	194
c) Dauer der Zustellung .....	195
aa) Regelungen zur Dauer der Zustellung .....	196
bb) Auswirkungen in der Praxis .....	196
cc) Kommunikation der beteiligten Stellen bei Verzögerungen .....	198
d) Kosten der Zustellung .....	198
e) Keine Regelung zum Zustellungsdatum .....	200
2. Unmittelbare Postzustellung .....	201
a) Zulässigkeit im deutsch-britischen Rechtsverkehr .....	201
b) Praktische Probleme beim Nachweis.....	201
c) Vor- und Nachteile für den Zustellungsinteressenten.....	203
3. Sonstige Zustellungswege.....	205
a) Unmittelbare Zustellung durch diplomatische oder konsularische Vertreter.....	205
b) Unmittelbare Parteizustellung .....	207
aa) Zustellung von deutschen Schriftstücken im Vereinigten Königreich.....	207
bb) Zustellung von britischen Schriftstücken in Deutschland..	208
4. Heilung von Zustellungsfehlern.....	209
a) Bedeutungsgewinn der Heilungsfrage .....	209
b) Heilung von Zustellungsfehlern nach dem Brexit .....	210
c) Vergleich zur Rechtslage vor dem Brexit.....	212

III. Schwächung des Anspruchs des Zustellungsempfängers auf rechtliches Gehör .....	216
1. Rückkehr von fiktiven Inlandszustellungen .....	216
a) Zulässigkeit .....	216
b) Praktische Auswirkungen .....	217
2. Sprachenfragen bei der unmittelbaren Zustellung .....	221
3. Sonstige Beklagenschutzvorschriften .....	223
a) Belehrungspflichten .....	223
b) Aussetzung des Verfahrens und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand .....	224
IV. Schwächung der Prozessökonomie .....	225
V. Wiederkehr von überkommenen Souveränitätserwägungen .....	226
1. Eingeschränkter ordre public-Vorbehalt .....	226
2. Vorbehaltsmöglichkeiten .....	227
VI. Auslegungsfragen und zentrale Auslegungsinstanz .....	228
<i>D. Verpasste Chancen aufgrund der fehlenden Anwendbarkeit der Verordnung (EU) 2020/1784 vom 25. November 2020 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen .....</i>	<i>230</i>
I. Hintergrund und Ziele der Reform .....	231
II. Anwendungsbereich .....	232
III. Unterstützung bei der Ermittlung der Anschrift des Adressaten .....	233
IV. Zustellung im Wege der aktiven internationalen Rechtshilfe .....	236
1. Einrichtung eines dezentralen IT-Systems .....	236
a) Überblick und Ziele .....	236
b) Vergleich zum deutsch-britischen Rechtsverkehr .....	238
c) Fazit .....	240
2. Reform des Annahmeverweigerungsrechts .....	240
V. Unmittelbare Postzustellung .....	242
VI. Unmittelbare Parteizustellung .....	243
VII. Elektronische Direktzustellung .....	244
1. Überblick und Ziele .....	245
2. Voraussetzungen .....	246
3. Verweis auf die zulässigen elektronischen Mittel nach dem Recht des Verfahrensstaates .....	247
a) Elektronische Zustellung im deutschen Recht .....	247
b) Elektronische Zustellung im britischen Recht .....	249
c) Hypothetische Anwendung im deutsch-britischen Zustellungsverkehr .....	249
4. Vergleich zur tatsächlichen Lage im deutsch-britischen Rechtsverkehr .....	250

VIII. Fazit.....	252
<i>E. Ergebnis</i> .....	253
<b>Kapitel 4: Die Entwicklungsperspektiven für den deutsch-britischen Zustellungsverkehr</b> .....	256
<i>A. Perspektiven im Verhältnis zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich</i> .....	258
I. Keine Möglichkeit der unilateralen Anwendung der Europäischen Zustellungsverordnung.....	258
II. Wiedieranwendung der Europäischen Zustellungsverordnung.....	259
1. Vorteile .....	259
2. Erstreckungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Dänemark zur EuZVO als Vorbild .....	261
3. Problem der Auslegungszuständigkeit .....	262
a) Lösung im Erstreckungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Dänemark .....	263
b) <i>Luganer Lösung</i> .....	264
c) <i>Modifizierte Luganer Lösung</i> .....	266
d) Fazit.....	267
4. Anknüpfung an das Verhältnis zu den Lugano-Staaten .....	268
a) Konkrete Bestrebungen im Zustellungsrecht.....	268
b) Ablehnende Haltung der Europäischen Union zum Beitritt des Vereinigten Königreichs zum Luganer Übereinkommen ..	268
5. Praktische Bedenken.....	272
6. Fazit .....	275
III. Aushandlung eines neuen völkerrechtlichen Vertrages .....	276
1. Überblick .....	276
2. Vor- und Nachteile .....	277
3. Praktische Bedenken.....	278
<i>B. Multilateraler Lösungsansatz: Reform des Haager Zustellungsübereinkommens</i> .....	279
I. Bisherige Bestrebungen und Vorteile.....	280
II. Nachteile und praktische Bedenken .....	281
<i>C. Perspektiven im Verhältnis zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich</i> .....	283
I. Abschluss eines neuen bilateralen Abkommens.....	283

II. Änderungen im Hinblick auf das Haager Zustellungsübereinkommen .....	286
1. Rücknahme der deutschen Vorbehalte .....	287
2. Änderung der Haltung zu Übersetzungen .....	288
3. Vereinbarung nach Art. 11 oder 20 HZÜ .....	290
<i>D. Einheitliches Zustellungsrecht .....</i>	<i>291</i>
Kapitel 5: Zusammenfassung der Ergebnisse.....	294
<i>A. Kapitel 1 .....</i>	<i>294</i>
<i>B. Kapitel 2 .....</i>	<i>295</i>
<i>C. Kapitel 3 .....</i>	<i>297</i>
<i>D. Kapitel 4 .....</i>	<i>299</i>
Literaturverzeichnis .....	301
Materialienverzeichnis.....	337
Sachregister .....	347

## Rechtsaktverzeichnis

Altes Konsulargesetz	Gesetz betreffend die Organisation der Bundeskonsulate, sowie die Amtsrechte und Pflichten der Bundeskonsuln vom 8. November 1867, BGBl. des Norddeutschen Bundes 1867, S. 137.
AusfG-HZÜ	Gesetz zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen und des Haager Übereinkommens vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 22. Dezember 1977, BGBl. 1977 I, S. 3105.
BNotO	Bundesnotarordnung vom 24. Februar 1961, BGBl. 1961 I, S. 97.
BRAO	Bundesrechtsanwaltschaftsordnung vom 1. August 1959, BGBl. 1959 I, S. 565.
Brexit-Übergangsgesetz	Gesetz für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union (Brexit-Übergangsgesetz – BrexitÜG) vom 27. März 2019, BGBl. 2019 I, S. 402.
BrexitAbk	Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft vom 24. Januar 2020, Amtsblatt Nr. L 29 vom 31. Januar 2020, S. 7.
Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 20. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssache, Amtsblatt Nr. L 12 vom 16. Januar 2001, S. 1, berichtigt durch Amtsblatt Nr. L 307 vom 24. November 2001, S. 28 sowie Amtsblatt Nr. L 328 vom 24. Dezember 2010, S. 36.
Brüssel Ia-VO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, Amtsblatt Nr. L 351 vom 20. Dezember 2012, S. 1, berichtigt durch Amtsblatt Nr. L 264 vom 30. September 2016, S. 43.

Civil Jurisdiction and Judgments Act 1982	Civil Jurisdiction and Judgments Act 1982, abrufbar unter: < <a href="https://www.legislation.gov.uk/ukpga/1982/27/contents">https://www.legislation.gov.uk/ukpga/1982/27/contents</a> >.
Companies Act 2006	Companies Act 2006, abrufbar unter: < <a href="https://www.legislation.gov.uk/ukpga/2006/46/contents">https://www.legislation.gov.uk/ukpga/2006/46/contents</a> >.
County Court Rules	The County Court Rules [Northern Ireland] 1981, SR 1981/225, abrufbar unter: < <a href="https://www.justice-ni.gov.uk/publications/court-rules-publications">https://www.justice-ni.gov.uk/publications/court-rules-publications</a> >.
CPC	Code de procédure civile, abrufbar unter: < <a href="https://www.legifrance.gouv.fr/codes/id/LEGITEXT000006070716/">https://www.legifrance.gouv.fr/codes/id/LEGITEXT000006070716/</a> >.
CPO (Urfassung der ZPO)	Civilprozeßordnung vom 30. Januar 1877, RGBl. 1877, S. 83.
CPR	Civil Procedure Rules, abrufbar unter: < <a href="https://www.justice.gov.uk/courts/procedure-rules/civil/rules">https://www.justice.gov.uk/courts/procedure-rules/civil/rules</a> >.
CSR	Court of Session Rules, abrufbar unter: < <a href="https://www.scotcourts.gov.uk/rules-and-practice/rules-of-court/court-of-session-rules">https://www.scotcourts.gov.uk/rules-and-practice/rules-of-court/court-of-session-rules</a> >.
DBA	Deutsch-britisches Abkommen über den Rechtsverkehr vom 20. März 1928, RGBl. 1928 II, S. 624.
DE-Mail-Gesetz	Gesetz zur Regelung von De-Mail-Diensten und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 28. April 2011, BGBl. 2011 I, S. 666.
Deutsch-britisches Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommen	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 14. Juli 1960, BGBl. 1961 II, S. 301.
Durchführungsverordnung (EU) 2022/423	Durchführungsverordnung (EU) 2022/423 der Kommission vom 14. März 2022 zur Festlegung der technischen Spezifikationen, Maßnahmen und sonstigen Anforderungen für die Umsetzung des dezentralen IT-Systems nach der Verordnung (EU) 2020/1784 des Europäischen Parlaments und des Rates, Amtsblatt Nr. L 87 vom 15. März 2022, S. 9.
e-CODEX-VO	Verordnung (EU) 2022/850 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 über ein EDV-System für den grenzüberschreitenden elektronischen Datenaustausch im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen (e-CODEX-System) und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1726, Amtsblatt Nr. L 150 vom 1. Juni 2022, S. 1.
eIDAS-VO	Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG, Amtsblatt Nr. L 257 vom 28. August 2014, S. 73, berichtigt durch Amtsblatt Nr. L 23 vom

29. Januar 2015, S. 19 sowie Amtsblatt Nr. L 155 vom 14. Juni 2016, S. 44.
- EMRK Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950, BGBl. 1952 II, S. 686.
- Erstreckungsabkommen zur Brüssel Ia-VO Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Königreich Dänemark über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 19. Oktober 2005, Amtsblatt Nr. L 299 vom 16. November 2005, S. 62.
- Erstreckungsabkommen zur EuZVO Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Königreich Dänemark über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen vom 19. Oktober 2005, Amtsblatt Nr. L 300 vom 17. November 2005, S. 55.
- ERVV Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach vom 24. November 2017, BGBl. 2017 I, S. 3803, zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Oktober 2021, BGBl. 2021 I, S. 4607.
- EU-Austritts-Gesetz The Law Applicable to Contractual Obligations and Non-Contractual Obligations (Amendment etc.) (EU Exit) Regulations 2019, SI 2019/834, nachfolgend geändert durch The Jurisdiction, Judgments and Applicable Law (Amendment) (EU Exit) Regulations 2020, SI 2020/1574, jeweils abrufbar unter: <<https://www.legislation.gov.uk/>>.
- EuBagatelIVO Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen, Amtsblatt Nr. L 199 vom 31. Juli 2007, S. 1, geändert durch Verordnung (EU) 2015/2421 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 861/2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen und der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens, Amtsblatt Nr. L 341 vom 24. Dezember 2015, S. 1.
- EuBVO 2001 Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates vom 28. Mai 2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen, Amtsblatt Nr. L 174 vom 27. Juni 2001, S. 1, berichtigt durch Amtsblatt Nr. L 321 vom 7. November 2014, S. 11.
- EuBVO 2020 Verordnung (EU) 2020/1783 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen (Beweisaufnahme) (Neufassung), Amtsblatt Nr. L 405 vom 2. Dezember 2020, S. 1.

- EuGVÜ  
Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968, Amtsblatt Nr. L 299 vom 31. Dezember 1972, S. 32.
- EuMahnVO  
Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens, Amtsblatt Nr. L 399 vom 30. Dezember 2006, S. 1-21, geändert durch Verordnung (EU) 2015/2421 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 861/2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen und der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens, Amtsblatt Nr. L 341 vom 24. Dezember 2015, S. 1.
- European Union (Notification of Withdrawal) Act 2017  
European Union (Notification of Withdrawal) Act 2017, abrufbar unter: <<https://www.legislation.gov.uk/ukpga/2017/9/section/1/enacted>>.
- EuVTVO  
Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen, Amtsblatt Nr. L 143 vom 30. April 2004, S. 15, berichtigt durch Amtsblatt Nr. L 50 vom 23. Februar 2008, S. 71.
- EuZÜ  
Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union vom 26. Mai 1997, Amtsblatt Nr. C 261 vom 27. August 1997, S. 1.
- EuZVO 2000  
Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedstaaten, Amtsblatt Nr. L 160 vom 31. Juni 2000, S. 37.
- EuZVO 2007  
Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (Zustellung von Schriftstücken) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates, Amtsblatt Nr. L 324 vom 10. Dezember 2007, S. 79.
- EuZVO 2020  
Verordnung (EU) 2020/1784 des europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedstaaten (Zustellung von Schriftstücken) (Neufassung), Amtsblatt Nr. L 405 vom 2. Dezember 2020, S. 40, berichtigt durch Amtsblatt Nr. L 173 vom 30. Juni 2022, S. 133.

EVÜ	Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht aufgelegt zur Unterzeichnung am 19. Juni 1980 in Rom, Amtsblatt Nr. L 266 vom 9. Oktober 1980, S. 1.
Forderungsdurchsetzungsgesetz	Gesetz zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Forderungsdurchsetzung und Zustellung vom 30. Oktober 2008, BGBl. 2008 I, S. 2122.
Gesetz zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs	Gesetz zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 5. Oktober 2021, BGBl. 2021 I, S. 4607.
Gesetz zur Änderung von Vorschriften im Bereich des IPR und IZVR	Gesetz zur Änderung von Vorschriften im Bereich des Internationalen Privat- und Zivilverfahrensrechts vom 11. Juni 2017, BGBl. 2017 I, S. 1607.
Gesetz zur Durchführung der EuZVO 2020 und Eu-BVO 2020	Gesetz zur Durchführung der EU-Verordnungen über grenzüberschreitende Zustellungen und grenzüberschreitende Beweisaufnahmen in Zivil- oder Handelssachen, zur Änderung der Zivilrechtshilfe, des Vormundschafts- und Betreuungsrechts, zur Anpassung von Rechtsvorschriften zum Verbraucherschutz und zur Verbraucherrechtsdurchsetzung sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften vom 24. Juni 2022, BGBl. 2022 I, S. 959.
Haager Abkommen zur Regelung von Fragen des internationalen Privatrechts	Haager Abkommen zur Regelung von Fragen des internationalen Privatrechts vom 14. November 1896, RGBl. 1899, S. 285, nebst Zusatzprotokoll vom 25. Mai 1897, RGBl. 1899, S. 295.
HAVÜ	Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 2. Juli 2019, abrufbar unter: <a href="https://www.hcch.net/de/instruments/conventions/fulltext/?cid=137">https://www.hcch.net/de/instruments/conventions/fulltext/?cid=137</a> .
HBÜ	Haager Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 18. März 1970, BGBl. 1977 II, S. 1472, nebst Zustimmungsgesetz vom 22. Dezember 1977, BGBl. 1977 II, S. 1452
HGÜ	Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen vom 30. Juni 2005, Amtsblatt Nr. L 133 vom 29. Mai 2009, S. 3.
HKA	Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits, Amtsblatt Nr. L 444 vom 31. Dezember 2020, S. 14. Endgültige Fassung in Amtsblatt Nr. L 149 vom 30. April 2021, S. 10, berichtigt durch Amtsblatt Nr. L 131 vom 5. Mai 2022, S. 9.
HZPA 1905	Haager Abkommen über den Zivilprozeß vom 17. Juli 1905, RGBl. 1909, S. 409, nebst Gesetz vom 5. April 1909 zur Ausführung des Abkommens über den Zivilprozeß vom 17. Juli 1905, RGBl. 1909, S. 430.

- HZPÜ 1954 Haager Übereinkommen über den Zivilprozess vom 1. März 1954, BGBl. 1958 II, S. 577, nebst Gesetz vom 18. Dezember 1958 zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954 über den Zivilprozess, BGBl. 1958 I, S. 939.
- HZÜ Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen vom 15. November 1965, BGBl. 1979 II, S. 779, nebst Zustimmungsgesetz vom 22. Dezember 1977, BGBl. 1977 II, S. 1452.
- KonsG Gesetz über die Konsularbeamten, ihre Aufgaben und Befugnisse (Konsulargesetz) vom 11. September 1974, BGBl. 1974 I, S. 2317.
- Legal Services Act 2007 Legal Services Act 2007, abrufbar unter: <<https://www.legislation.gov.uk/ukpga/2007/29/contents>>.
- Limitation Act 1980 Limitation Act 1980, abrufbar unter: <<https://www.legislation.gov.uk/ukpga/1980/58/contents>>.
- LugÜ 1988 Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen geschlossen in Lugano am 16. September 1988, Amtsblatt Nr. L 319 vom 25. November 1988, S. 9, berichtigt durch Amtsblatt Nr. L 20 vom 25. Januar 1989, S. 38 sowie Amtsblatt Nr. L 148 vom 1. Juni 2006, S. 86.
- LugÜ 2007 Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 30. Oktober 2007, Amtsblatt Nr. L 147 vom 10. Juni 2009, S. 5, berichtigt durch Amtsblatt Nr. L 115 vom 5. Mai 2011, S. 31 sowie Amtsblatt Nr. L 18 vom 21. Januar 2014, S. 70.
- Ordinary Cause Rules Act of Sederunt (Sheriff Court Ordinary Cause Rules), 1993 No 1956, S. 223, abrufbar unter: <<https://www.scotcourts.gov.uk/rules-and-practice/rules-of-court/sheriff-court---civil-procedure-rules/ordinary-cause-rules>>.
- Postdienste-Richtlinie Richtlinie 97/67/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 1997 über gemeinsame Vorschriften für die Entwicklung des Binnenmarktes der Postdienste der Gemeinschaft und die Verbesserung der Dienstqualität, Amtsblatt Nr. L 15 vom 21. Januar 1998, S. 14, berichtigt durch Amtsblatt Nr. L 23 vom 30. Januar 1998, S. 39.
- RCJ The Rules of the Court of Judicature (NI) 1980 (formerly titled: Rules of the Supreme Court (NI) 1980), SR 1980/346, abrufbar unter: <<https://www.justice-ni.gov.uk/publications/court-rules-publications>>.

Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom I-VO“), Amtsblatt Nr. L 177 vom 4. Juli 2008, S. 6, berichtigt durch Amtsblatt Nr. L 309 vom 24. November 2009, S. 87.
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom II-VO“), Amtsblatt Nr. L 199 vom 31. Juli 2007, S. 40, berichtigt durch Amtsblatt Nr. L 310 vom 9. November 2012, S. 52.
Simple Procedure Rules	Simple Procedure Rules, Act of Sederunt (Simple Procedure) 2016 No. 2016/200, abrufbar unter: < <a href="https://www.scotcourts.gov.uk/rules-and-practice/rules-of-court/sheriff-court---civil-procedure-rules/simple-procedure-rules">https://www.scotcourts.gov.uk/rules-and-practice/rules-of-court/sheriff-court---civil-procedure-rules/simple-procedure-rules</a> >.
Verordnung (EG) Nr. 662/2009	Verordnung (EG) Nr. 662/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Einführung eines Verfahrens für die Aushandlung und den Abschluss von Abkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten über spezifische Fragen des auf vertragliche und außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendenden Rechts, Amtsblatt Nr. L 200 vom 31. Juli 2009, S. 25, berichtigt durch Amtsblatt Nr. L 241 vom 17. September 2011, S. 35.
Verordnung (EG) Nr. 664/2009	Verordnung (EG) Nr. 664/2009 des Rates vom 7. Juli 2009 zur Einführung eines Verfahrens für die Aushandlung und den Abschluss von Abkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten, die die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen und Entscheidungen in Ehesachen, in Fragen der elterlichen Verantwortung und in Unterhaltssachen sowie das anwendbare Recht in Unterhaltssachen betreffen, Amtsblatt Nr. L 200 vom 31. Juli 2009, S. 46, berichtigt durch Amtsblatt Nr. L 241 vom 17. September 2011, S. 35.
Verordnung Nr. 1182/71	Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine, Amtsblatt Nr. L 124 vom 8. Juni 1971, S. 1.
Verordnung zur Ausführung des DBA	Verordnung zur Ausführung des deutsch-britischen Abkommens über den Rechtsverkehr vom 5. März 1929, RGBI. 1929 II, S. 135, geändert durch Gesetz vom 27. Juli 2001, BGBl. 2001 I, S. 1887.
Vertrag von Amsterdam	Vertrag von Amsterdam zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte vom 2. Oktober 1997, Amtsblatt Nr. C 230 vom 10. November 1997, S. 1.

Vertrag von Lissabon	Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 13. Dezember 2007, Amtsblatt Nr. C 306 vom 17. Dezember 2007, S. 1.
Vertrag von Maastricht	Vertrag über die Europäische Union, unterzeichnet zu Maastricht am 7. Februar 1992, Amtsblatt Nr. C 191 vom 29. Juni 1992, S. 1.
Weltpostvertrag	Weltpostvertrag in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Dezember 2020, BGBl. 2020 II, S. 1088.
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969, BGBl. 1985 II, S. 927.
Zusatzvereinbarung zwischen Deutschland und Österreich zum HZPÜ 1954	Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesregierung der Republik Österreich zur weiteren Vereinfachung des rechtlichen Verkehrs nach dem Haager Übereinkommen vom 1. März 1954 vom 6. Juni 1959, BGBl. 1959 II, S. 1523.
Zusatzvereinbarung zwischen Deutschland und Tschechien zum HZÜ und HBÜ	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik zur weiteren Erleichterung des Rechtshilfeverkehrs nach den Haager Übereinkommen vom 1. März 1954 über den Zivilprozess, vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen und vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 2. Februar 2000, BGBl. 2001 II, S. 1211.
ZustDG	Gesetz zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten vom 9. Juli 2001, BGBl. 2001 I, S. 1536.
Zustellungsreformgesetz	Gesetz zur Reform des Verfahrens bei Zustellungen im gerichtlichen Verfahren (Zustellungsreformgesetz – ZustRG) vom 25. Juni 2001, BGBl. 2001 I, S. 1206.

## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
A.C.	Law Reports Appeal Cases
a.F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AG	Amtsgericht
AG	Die Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AJIL	American Journal of International Law
AJP	Aktuelle Juristische Praxis
AK	Anwalt und Kanzlei
Anm.	Anmerkung(en)
AnwBl	Anwaltsblatt
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
AuR	Arbeit und Recht
AVR	Archiv des Völkerrechts
BAG	Bundesarbeitsgericht
Bay. JMBL	Bayerisches Justizministerialblatt
BB	Betriebs-Berater
BeckOGK	beck-online.GROSSKOMMENTAR
BeckOK	Beck'sche Online-Kommentare
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründer
BerDGesVöR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
betr.	betreffend
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BMJV	Bundesministerium der Justiz
BöhmsZ	Zeitschrift für internationales Privat- und Strafrecht
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSG	Bundessozialgericht
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Buff. L. Rev.	Buffalo Law Review
Bus. L R	Business Law Review
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BYIL	British Yearbook of International Law
bzw.	beziehungsweise

C P. Rep	Civil Procedure Reports
C.J.Q.	Civil Justice Quarterly
C.L.C.	Commercial Law Cases
Call. App.	California Appellate Reports
CFLQ	Child and Family Law Quarterly
Ch.	Law Reports Chancery
China-EU L. J	China-EU Law Journal
CMLR	Common Market Law Review
Col. J. Trans. L.	Columbia Journal of Transnational Law.
Columbia L. R.	Columbia Law Review
d.h.	das heißt
DAR	Deutsches Autorecht
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher Zeitung
dies.	dieselbe
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DuD	Datenschutz und Datensicherheit
E.R.	English Reports
EAPIL	The European Association of Private International Law
EBLR	European Business Law Review
ecolex	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EF-Z	Zeitschrift für Familien- und Erbrecht
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGMR-E	Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
ELR	European Law Reporter
endg.	endgültig
EPS	Europejski Przegląd Sądowy
ERA Forum	Zeitschrift der Europäischen Rechtsakademie
ERPL	European Review of Private Law
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuLF	The European Legal Forum
EUR	Euro
EuR	Europarecht
EuZPR	Europäisches Zivilprozessrecht
EuZVO	Europäische Zustellungsverordnung
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWHC	England and Wales High Court
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgend
FamRB	Familien-Rechtsberater
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fed.	Federal Reporter
ff.	folgende
Fn.	Fußnote

FS	Festschrift
FuR	Familie und Recht
GBP	Pfund Sterling
Geo. J. Int'l L.	Georgetown Journal of International Law
Geo. L. J.	The Georgetown Law Journal
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtsprechungs-Report
GRUR-RS	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Digitale Rechtsprechungssammlung
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVGA	Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
h.M.	herrschende Meinung
Harvard J. L. & Tech.	Harvard Journal of Law & Technology
Harvard L. R.	Harvard Law Review
HK-EMRK	NomosHandkommentar Europäische Menschenrechtskonvention
HK-EuR	NomosHandkommentar Europäisches Unionsrecht
HK-ZPO	NomosHandkommentar Zivilprozessordnung
Hrsg.	Herausgeber
i.d.R.	in der Regel
I.L.Pr.	International Litigation Procedure
i.V.m.	in Verbindung mit
ICJ Reports	Reports of the International Court of Justice
ICLQ	International & Comparative Law Quarterly
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILC	International Law Commission
ILM	International Legal Materials
Int'l Legal Prac	International Legal Practice
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts
IWRZ	Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
J Soc. Comp. Leg.	Journal of the Society of Comparative Legislation
J. Int'l Arb	Journal of International Arbitration
J. L. & Com.	Journal of Law and Commerce
JBl.	Juristische Blätter
JPIL	Journal of Private International Law
JURA	Juristische Ausbildung
JurBüro	Das Juristische Büro
jurisPR-IWR	juris PraxisReport Internationales Wirtschaftsrecht
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	JuristenZeitung
K.B.	Law Reports King's Bench
Kap.	Kapitel

KG	Kammergericht
KonsG	Konsulargesetz
LG	Landgericht
lit.	litera
Lloyd's Rep.	Lloyd's Law Reports
LTO	Legal Tribune Online
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
Maastricht J. Eur. & Comp. L.	Maastricht Journal of European and Comparative Law
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MEZ	Mitteleuropäische Zeit
Minn. L. R.	Minnesota Law Review
MPEPIL	Max Planck Encyclopedias of International Law
MPILux Research Paper	Max Planck Institute Luxembourg for Procedural Law Research Paper Series
MüKo	Münchener Kommentar
New Zealand JPIL	New Zealand Journal of Public and International Law
NiemZ	Niemeyer's Zeitschrift für internationales Recht
NIPR	Nederlands Internationaal Privaatrecht
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report
NJWE-WettbR	Neue Juristische Woche Entscheidungsdienst Wettbewerbsrecht
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA-RR	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht Rechtsprechungs-Report
NZFam	Neue Zeitschrift für Familienrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OGH	Österreichischer Oberster Gerichtshof
ÖJZ	Österreichische Jurist:innenzeitung
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
Para.	paragraph
PD	Practice Directions
PIL	Private International Law
Pr. JMBL	Justiz-Ministerialblatt für die preußische Gesetzgebung und Rechtspflege
Prot.	Protokoll
Q.B.	Law Reports Queen's Bench
R.	Rule
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RD <i>i</i>	Recht Digital
RDIPP	Rivista di diritto internazionale privato e processuale
Rec. de Cours	Recueil des cours: Collected Courses of the Hague Academy of International Law
Rev. dr. int. lég.	Revue de Droit International et de Legislation Comparee
RG	Reichsgericht

RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Reichsgericht in Zivilsachen
RIAA	Reports of International Arbitral Awards
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
RPfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
RpflStud	Rechtspfleger Studienhefte
Rs.	Rechtssache
S.	Satz
S.	Seite
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
Schweizerisches BG	Schweizerisches Bundesgericht
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
SMS	Short Message Service
sog.	sogenannte(r/s)
StAZ	Das Standesamt
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
StPO	Strafprozessordnung
Supp	Supplement
TLR	Times Law Review
U. P. L. Rev.	The University of Pennsylvania Law Review
u.a.	unter anderem
U.S.	United States Reports
UCLA L. Rev.	UCLA Law Review
US Supreme Court	Supreme Court of the United States
USA	United States of America
v.	von
vgl.	vergleiche
VK	Vereinigtes Königreich
Vol.	Volume
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
W.L.R.	Weekly Law Reports
WLUK	Westlaw United Kingdom
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
Yale L. J.	Yale Law Journal
z.B.	zum Beispiel
Zak	Zivilrecht aktuell
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für europarechtliche Studien
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRHO	Rechtshilfeordnung für Zivilsachen
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZVergIRW	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International

# Einleitung

## A. Gegenstand und Ziel der Untersuchung

„Das auf den ersten Blick ‚rein technische‘ Zustellungsrecht gewinnt [...] eine herausragende Bedeutung für die Justizgewährung gegenüber Kläger und Beklagten“<sup>1</sup>

Dieses Resümee von *Gottwald* beschreibt die – inzwischen allgemein anerkannte – Bedeutung der Zustellung<sup>2</sup>. Ohne sie kann ein Verfahren nicht in Gang gesetzt werden, sodass der Justizgewährungsanspruch des Klägers tangiert ist. Der Beklagte erlangt demgegenüber i.d.R. erst durch die Zustellung des verfahrenseinleitenden Schriftstücks Kenntnis von dem gegen ihn geführten Rechtsstreit. Durch das Zustellungsrecht wird daher ebenfalls sein Anspruch auf rechtliches Gehör gewährleistet. Im grenzüberschreitenden Zustellungsverkehr kommt es zu zusätzlichen rechtlichen und tatsächlichen Problemen. Zum einen sind die Souveränitätsinteressen des Empfängerstaates<sup>3</sup> zu beachten. Zum anderen entstehen durch die Notwendigkeit der Einschaltung ausländischer Stellen naturgemäß Verzögerungen, die das Verfahren beeinträchtigen können. Wegen der Sprachenvielfalt kann ferner eine zeit- und kostenaufwändige Übersetzung des Schriftstücks erforderlich werden. *Heiderhoff* kommt zu dem ernüchternden Ergebnis, dass die Auslandszustellung

---

<sup>1</sup> *Gottwald*, in: Habscheid/Beys (Hrsg.), Grundfragen des Zivilprozessrechts, S. 3, 21.

<sup>2</sup> Der Begriff der „Zustellung“ bezieht sich für die Zwecke der vorliegenden Arbeit auf die Zustellung von gerichtlichen und außergerichtlichen Schriftstücken in Zivil- und Handelssachen (vgl. Art. 1 und 2 DBA, Art. 1 Abs. 1 HZÜ, Art. 1 Abs. 1 EuZVO 2007, Art. 1 Abs. 1 EuZVO 2020). Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Zustellung von gerichtlichen Schriftstücken. Außergerichtliche Schriftstücke sollen nur am Rande behandelt werden. Kein Gegenstand der Arbeit ist die Zustellung in Straf-, Verwaltungs- und Steuersachen.

<sup>3</sup> Der Begriff des „Empfängerstaates“ wird im Rahmen dieser Arbeit als Beschreibung für den Staat, in dem die eigentliche Zustellung an den Adressaten oder Empfänger bewirkt werden soll, verwendet. Er ist gleichbedeutend mit den Begriffen „Bestimmungsstaat“ (z.B. Art. 10 HZÜ), „Zustellungsstaat“, „Empfangsstaat“ sowie „Empfangsmitgliedstaat“ (z.B. Art. 15 EuZVO 2007). Demgegenüber umschreibt der Begriff „Ursprungsstaat“ den Staat, aus dem das Schriftstück stammt und aus dem der Zustellungsveranlasser die Zustellung betreibt. Synonyme hierfür sind „Absendestaats“, „Übermittlungsstaat“ und „Übermittlungsmitgliedstaat“ (z.B. Art. 13 Abs. 2 EuZVO 2007). Wenn in diesem Staat ein gerichtliches Verfahren geführt wird, kann auch vom „Verfahrensstaat“, „Gerichtsstaat“ oder „Forumstaat“ gesprochen werden.

„weiterhin als ein zeitraubender und problematischer Teil internationaler Gerichtsverfahren anzusehen“<sup>4</sup> ist.

Zugleich nimmt die Bedeutung der Auslandszustellung weiter zu, da die Zahl der grenzüberschreitenden Gerichtsverfahren in den letzten Jahren stetig angestiegen ist. Von den im Jahr 2021 vor den Amtsgerichten eingeleiteten 798.529 Verfahren hatten zum Zeitpunkt der Rechtshängigkeit immerhin 5,5 % der Beklagten ihren Sitz im Ausland.<sup>5</sup> In solchen Fällen ist häufig eine Auslandszustellung erforderlich, sodass auch die Zahl der grenzüberschreitenden Zustellungen weiter anwächst.<sup>6</sup> Während im Jahr 2004 noch von 9.272 ausgehenden und 7.063 eingehenden Rechtshilfeersuchen nach dem HZÜ berichtet wurde, sind die Zahlen für das Jahr 2011 auf 13.520 und 9.630 angestiegen.<sup>7</sup> Für die EuZVO 2007 wurden im Jahr 2009 14.463 und im Jahr 2010 16.329 Anwendungsfälle aus Deutschland berichtet.<sup>8</sup> Es ist angesichts der fortschreitenden Globalisierung zu erwarten, dass die Zahl der grenzüberschreitenden Zustellungen in der Zukunft weiter zunehmen wird.<sup>9</sup>

Die Effektivierung der Auslandszustellung ist ein zentrales Anliegen innerhalb der Europäischen Union. Zur Verbesserung und Beschleunigung hat der EU-Gesetzgeber kürzlich die EuZVO 2020 verabschiedet, welche die

---

<sup>4</sup> Heiderhoff, in: Basedow/Hopt/Zimmermann (Hrsg.), Handwörterbuch des europäischen Privatrechts, S. 1819, 1822.

<sup>5</sup> Statistisches Bundesamt, Rechtspflege Zivilgerichte 2021, Fachserie 10 Reihe 2.1, S. 30.

<sup>6</sup> Für die Jahre 1991–2002 lässt sich diese Entwicklung aus der Jahresübersicht des Bundesjustizministeriums über ausgehende und eingehende Ersuchen im Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen mit dem Ausland ableiten, dazu J. Meyer, IPRax 1997, 401 (402) sowie die Antwort von Deutschland auf den HZÜ-Fragebogen aus dem Jahr 2003 (mit Abdruck der Statistik aus dem Jahr 2002 in Anlage 2). In den späteren HZÜ-Fragebögen hat Deutschland indes erklärt, dass keine offiziellen Angaben über ein- und ausgehende Ersuchen zur Zustellung geführt werden. Deshalb und weil zunehmend unmittelbare Zustellungswege an Bedeutung gewinnen, ist die exakte Entwicklung der Auslandszustellung schwer nachzuvollziehen. Die vom Statistischen Bundesamt angegebene Zahl von 574 verfahrenseinleitenden, grenzüberschreitenden Zustellungen im Rahmen von Verfahren vor den Amtsgerichten (Statistisches Bundesamt, Rechtspflege Zivilgerichte 2021, Fachserie 10 Reihe 2.1, S. 30) dürfte jedenfalls nicht der Realität entsprechen. Sie weicht erheblich von den anderen verfügbaren Zahlen, die freilich nicht auf verfahrenseinleitende Schriftstücke und Verfahren vor den Amtsgerichten beschränkt sind, ab. Zudem unterscheiden sich auch die Angaben der einzelnen Bundesländer in bedeutender Weise.

<sup>7</sup> Antwort von Deutschland auf den HZÜ-Fragebogen aus dem Jahr 2008, Fragen 9 a) und 10 a) sowie Antwort von Deutschland auf den HZÜ-Fragebogen aus dem Jahr 2013, Fragen 6 und 8 (jeweils unter Berufung auf freiwillige Angaben der zuständigen Stellen). Im Fragebogen aus dem Jahr 2019 hat Deutschland hingegen keine Angaben zur Anzahl der ein- und ausgehenden Ersuchen getätigt.

<sup>8</sup> MainStrat, Studie zur Anwendung der EuZVO 2007, S. 240.

<sup>9</sup> Vgl. auch die Einschätzungen von Deloitte, Study on the service of documents – Final Report, S. 195 ff.

EuZVO 2007 ersetzt und seit dem 1. Juli 2022 anwendbar ist. Die Neufassung beschäftigt sich hauptsächlich mit der überfälligen Digitalisierung des Zustellungsrechts. Daneben kommt es zu einigen Änderungen, die zum Teil lediglich sprachliche Unklarheiten beseitigen, zum Teil aber auch inhaltliche Neuerungen mit sich bringen.

Bemerkenswerterweise ist im Zustellungsverkehr mit dem Vereinigten Königreich, der aus deutscher Sicht einen nicht unerheblichen Teil der Zustellungsersuchen ausmacht,<sup>10</sup> aufgrund des am 1. Februar 2020 erfolgten Brexits eine völlig gegensätzliche Entwicklung zu beobachten. Der Austritt aus der Europäischen Union hat nicht nur enorme politische und wirtschaftliche Konsequenzen, sondern wirkt sich auch im internationalen Zustellungsrecht aus. Zwar ist Austrittsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich festgelegt, dass die EuZVO 2007 im Vereinigten Königreich und im Verhältnis zum Vereinigten Königreich bis zum 31. Dezember 2020 24:00 Uhr (MEZ) weitergilt (Art. 127 Abs. 1 S. 1, 126 BrexitAbk). In dem Handels- und Kooperationsabkommen, das die zukünftigen Beziehungen regelt, wurde das internationale Zustellungsrecht allerdings nicht berücksichtigt, sodass es am 1. Januar 2021 zu einem sog. „sektoralen Hard-Brexit“<sup>11</sup> gekommen ist und die EuZVO keine Anwendung mehr findet.

Die Auswirkungen des Brexits auf grenzüberschreitende Zustellungen sind im Schrifttum bislang nur am Rande diskutiert worden. Der Fokus der deutschen<sup>12</sup> und britischen<sup>13</sup> Autoren liegt vielmehr auf dem Zuständigkeits- sowie

---

<sup>10</sup> Im Jahr 2002 macht er 4,2 % der ausgehenden und 0,2 % der eingehenden Ersuchen aus, siehe die Jahresübersicht 2002 über ausgehende und eingehende Ersuchen im Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen mit dem Ausland, Anhang 2 der Antwort von Deutschland auf den HZÜ-Fragebogen aus dem Jahr 2003. Die geringe Anzahl der eingehenden Ersuchen aus dem Vereinigten Königreich dürfte damit zusammenhängen, dass viele britische Schriftstücke über unmittelbare Zustellungswege übermittelt wurden.

<sup>11</sup> Vgl. *Ungerer*, NJW 2021, 1270: „sektorale[r] ,harte[r] Brexit“.

<sup>12</sup> Ausführlich *Sonntag*, Die Konsequenzen des Brexits. Zusammenfassende Beiträge mit dem Schwerpunkt des internationalen Zivilverfahrensrechts finden sich u.a. bei *Hess*, IPRax 2016, 409; *ders.*, EuZPR, Rn. 5.82 ff.; *Mankowski*, EuZW-Sonderheft 2020/1, 3; *Ungerer*, in: *Kramme/Baldus/Schmidt-Kessel* (Hrsg.), *Brexit*, S. 605 Rn. 2 ff.; *ders.*, NJW 2021, 1270; *Hau*, MDR 2021, 521; *Lein*, ZVerglRW 120 (2021), 1; *dies.*, in: *Leible/Terhechte* (Hrsg.), *Europäisches Rechtsschutz- und Verfahrensrecht*, § 34; *Schack*, IZVR, Rn. 147 ff.; *Steinbrück/Lieberknecht*, EuZW 2021, 517. Speziell zum internationalen Familienverfahrensrecht *Dutta*, FamRZ 2017, 1030; *ders.*, CFLQ 29 (2017), 199 (auch zum anwendbaren Recht); *Gottwald*, FamRZ 2020, 965; *Schrom*, FamRZ 2020, 1988; *von Bary*, FamRZ 2021, 342; *Erb-Klünemann*, FamRB 2021, 168; *Mankowski*, NZFam 2021, 237 (243 ff.).

<sup>13</sup> Ausführlich *Ahmed*, *Brexit and the Future of PIL*. Ferner *Aikens/Dinsmore*, EBLR 27 (2016), 903; *Dickinson*, JPIL 12 (2016), 195; *ders.*, IPRax 2021, 213; *Carruthers*, *Scots Law Times* 21 (2017), 105; *Crawford/Carruthers*, *European Papers* 3 (2018), 183; *Baughen*, in: *Soyer/Tettenborn* (Hrsg.), *Maritime liabilities in a global and regional context*, S. 202; *Briggs*, RDIPP 2019, 261.

dem Anerkennungs- und Vollstreckungsrecht. Der Brexit wirft allerdings auch für das Recht der internationalen Zustellung interessante Fragestellungen auf. So ist etwa problematisch, ob der Brexit zum „Wiederaufleben“ des deutsch-britischen Rechtshilfeabkommens führt. Dies ist speziell für den deutsch-britischen<sup>14</sup> Zustellungsverkehr von enormer Bedeutung, da das Abkommen anders als das HZÜ keine Vorbehaltsmöglichkeit gegen die unmittelbaren Zustellungswege vorsieht und mithin weitere Zustellungswege ermöglichen würde.<sup>15</sup>

Ziel dieser Arbeit ist es deshalb, angesichts des Brexits den deutsch-britischen Zustellungsverkehr näher zu untersuchen.<sup>16</sup> Ein besonderer Fokus soll dabei darauf liegen, die im Schrifttum bestehende Lücke zu schließen und die Auswirkungen des Brexits zu behandeln. Dabei wird allerdings nicht beim *status quo* stehen geblieben, sondern auch diskutiert, wie die Rechtslage *de lege ferenda* wieder verbessert werden könnte. Soweit auf die Rechtsvorschriften im Vereinigten Königreich einzugehen ist, steht das englische Recht<sup>17</sup> im Vordergrund. Allerdings soll auch die schottische und nordirische Rechtslage nicht außer Betracht bleiben.

## B. Gang der Untersuchung

Kapitel 1 widmet sich den Grundlagen des Zustellungsrechts im deutsch-britischen Rechtsverkehr. Zunächst werden der Begriff und die Bedeutung der Zustellung für Gerichtsverfahren in Deutschland und im Vereinigten Königreich verglichen. Sodann wird auf die konfligierenden Interessen im Zustellungsrecht – den Justizgewährungsanspruch des Zustellungsinteressenten, den Anspruch des Zustellungsempfängers auf rechtliches Gehör und den Grundsatz der Prozessökonomie – eingegangen und die Problemfelder bei grenzüberschreitenden Zustellungen herausgearbeitet. Einer kritischen Untersuchung bedarf das in Deutschland vorherrschende Verständnis der Zustellung als

---

<sup>14</sup> Das Adjektiv „britisch“ bezieht sich für die Zwecke dieser Arbeit nicht nur auf Großbritannien (also England, Wales und Schottland), sondern auf das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland.

<sup>15</sup> Anders ist dies im – hier nicht näher zu thematisierenden – Recht der grenzüberschreitenden Beweisaufnahme. Art. 8 ff. DBA, welche die Beweisaufnahme regeln, bieten gegenüber den Regelungen des HBÜ keinerlei praktische Vorteile, *Steinbrück/Lieberknecht*, EuZW 2021, 517 (522). Freilich kommt es allerdings zu erheblichen Rückschritten gegenüber der EuBVO 2001 und EuBVO 2020.

<sup>16</sup> Die speziellen Regelungen zur Zustellung, welche die EuBagatellVO, die EuMahnVO und die EuVTVO enthalten, sollen dabei außer Betracht gelassen werden. Literaturhinweise hierzu finden sich in Kap. 4 D. (S. 291 f.). Zu den Auswirkungen des Brexits auf Mahn- und Bagatellverfahren *Hau*, MDR 2021, 521 Rn. 13 ff.

<sup>17</sup> Der Begriff des „englischen Rechts“ bezieht sich auf das Rechtssystem für England und Wales.

Hoheitsakt sowie die Handhabung dieses Souveränitätsverständnisses. Der anschließende rechtsvergleichende Überblick über die nationalen Zustellungsvorschriften zeigt die Besonderheiten der jeweiligen Rechtsordnungen auf und legt die Grundlagen für die Untersuchung des Unions- und Völkervertragsrechts.

Kapitel 2 setzt sich mit der Entwicklung des internationalen Zustellungsrechts im deutsch-britischen Rechtsverkehr bis zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union auseinander. Zunächst wird kurz die vor dem Jahr 1929 geltende Rechtslage dargestellt, die durch das autonome internationale Zivilverfahrensrecht geprägt war. Anschließend werden die Regelungen des deutsch-britischen Rechtshilfeabkommens näher beleuchtet, bevor auf das HZÜ eingegangen wird. Zuletzt liegt der Fokus auf den Entwicklungen des Zustellungsrechts innerhalb der Europäischen Union. Bei den einzelnen Rechtsakten soll jeweils kurz auf die Entstehungsgeschichte eingegangen werden, bevor dann der Anwendungsbereich und die Zustellungswege näher untersucht werden. Freilich ist auch das Verhältnis der Rechtsakte zueinander von Bedeutung.

Anschließend behandelt Kapitel 3 die Auswirkungen des Brexits auf die Zustellung von Schriftstücken im deutsch-britischen Rechtsverkehr. Als Einführung dient eine Darstellung zu den Grundlagen des Brexits. Sodann wird ermittelt, welche Rechtslage nach Ablauf der im Austrittsabkommen geregelten Übergangsfrist (vgl. Art. 126, 127 Abs. 1 lit. a BrexitAbk) gilt. Die maßgebliche Übergangsvorschrift für grenzüberschreitende Zustellungen in Art. 68 lit. a BrexitAbk wird dabei nur selten zur Anwendung gelangen. Von zentraler Bedeutung ist hingegen die Frage, ob das deutsch-britische Rechtshilfeabkommen durch den Brexit „wiederauflebt“. Als rechtliche Grundlage für die Beendigung des Abkommens kommen unter anderem die völkerrechtlichen Rechtsfiguren der *desuetudo* und *Obsoleszenz* in Betracht, die deshalb näher betrachtet werden müssen. Ein weiterer Schwerpunkt des Kapitels liegt auf dem Vergleich der derzeit geltenden Rechtslage mit der Rechtslage vor dem Brexit. Der Vergleich orientiert sich an den in Kapitel 1 dargestellten Zwecken und Interessen, die das internationale Zustellungsrecht verfolgt. Es wird aufgezeigt, dass der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union den Justizgewährungsanspruch des Zustellungsinteressen, den Anspruch des Zustellungsempfängers auf rechtliches Gehör und die Prozessökonomie schwächt. Das Defizit im Vergleich zum Zustellungsverkehr mit den EU-Mitgliedstaaten wird ferner dadurch verstärkt, dass am 1. Juli 2022 die EuZVO 2020 in Kraft getreten ist. Die Arbeit untersucht die Verbesserungen der reformierten Verordnung, die im Verhältnis zum Vereinigten Königreich keine Anwendung findet. Der Fokus der Neufassung liegt auf der Digitalisierung des Zustellungsverkehrs. Zum Vergleich wird auch die Nutzung der modernen Kommunikationsmittel im HZÜ aus rechtlicher und praktischer Sicht behandelt.

Kapitel 4 widmet sich abschließend den Entwicklungsperspektiven des internationalen Zustellungsrechts im deutsch-britischen Rechtsverkehr. Den Interessen der Rechtssuchenden entspricht eine Lösung im Verhältnis zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich, die zur Wiederverwendung der EuZVO führt. Allerdings sind mit dieser Lösung auch einige Probleme verbunden, die näher untersucht werden sollen. Diskutiert wird auch der Abschluss eines neuen völkerrechtlichen Vertrages zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich. Anschließend wird betrachtet, inwiefern eine Reform des HZÜ den deutsch-britischen Zustellungsverkehr verbessern könnte. Die Arbeit setzt sich auch mit Lösungsmöglichkeiten im bilateralen Verhältnis zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich auseinander. Zuletzt wird kurz auf die „Utopie“<sup>18</sup> eines vereinheitlichten Zustellungsrechts eingegangen

---

<sup>18</sup> G. Geimer, Neuordnung des internationalen Zustellungsrechts, S. 2.

## Kapitel 1

# Die Grundlagen des Zustellungsrechts im deutsch-britischen Rechtsverkehr

### A. Begriff und Bedeutung der Zustellung

#### *I. Zustellungsbegriff*

Der Begriff der Zustellung ist im deutschen Recht seit dem Zustellungsreformgesetz in § 166 Abs. 1 ZPO legaldefiniert: „Zustellung ist die Bekanntgabe eines Schriftstücks an eine Person in der in diesem Titel bestimmten Form.“ Die Beurkundung (vgl. § 182 ZPO) ist somit – anders als vor der Reform<sup>1</sup> – kein konstitutiver Bestandteil der Zustellung mehr. Sie dient lediglich dem Nachweis des Zustellungsvorgangs (Beweisfunktion) und ihr Fehlen führt nicht zu dessen Unwirksamkeit.<sup>2</sup> Ziel dieser Änderung war es, die tatsächliche Gelegenheit des Adressaten zur Kenntnisnahme des Schriftstücks in den Vordergrund zu stellen und die Nutzung moderner Kommunikationsmittel zu ermöglichen.<sup>3</sup>

In England und Wales fehlt es hingegen an einer Legaldefinition des Zustellungsbegriffs.<sup>4</sup> Zustellung (*service*) wird jedoch allgemein als das Verfahren verstanden, mit dem eine Partei versucht, ein Schriftstück einer anderen Partei zur Kenntnis zu bringen.<sup>5</sup> Primärer Zweck ist es somit, dem Adressaten Kenntnis vom Schriftstück zu verschaffen.<sup>6</sup> Die Möglichkeit der Kenntnisnahme steht auch im schottischen Recht im Vordergrund. Unter Zustellung wird der tatsächliche Erhalt der Klageschrift (*summons*) oder eines anderen Schriftstücks durch den *defender* oder *respondent* verstanden, durch den dieser über

---

<sup>1</sup> Zur früheren Definition der Rechtsprechung BGH v. 24.11.1977 – III ZR 1/76, NJW 1978, 1858. Vgl. auch RG v. 21.3.1929 – VI B 7/29, RGZ 124, 22 (24 ff.).

<sup>2</sup> Statt aller Begründung zum Entwurf des ZustRG, in: BT-Drs. 14/4554, S. 15, 22; HK-ZPO/Siebert, § 166 ZPO Rn. 1; MüKoZPO/Häublein/M. Müller, § 166 ZPO Rn. 3.

<sup>3</sup> Begründung zum Entwurf des ZustRG, in: BT-Drs. 14/4554, S. 15. Zum letzteren Aspekt auch Stadler, IPRax 2002, 471; Musielak/Voit/Wittschier, § 166 ZPO Rn. 2.

<sup>4</sup> *Asia Pacific (HK) Ltd & Ors v. Hanjin Shipping Co Ltd* [2005] 2 C.L.C. 747 Rn. 20.

<sup>5</sup> *Coulson*, The White Book 2023 – Volume 1, Section A Rn. 6.3.1 und Section E Rn. 1.1 (*Glossary*); *Hickinbottom*, Blackstone's Civil Practice, Rn. 15.1.

<sup>6</sup> *Olafsson v. Gissurarson* [2008] 1 W.L.R. 2016 Rn. 55; *Abela v. Baadarani* [2013] 1 W.L.R. 2043 Rn. 37; *Stoute v. LTA Operations Ltd* [2015] 1 W.L.R. 79 Rn. 40.

ein Gerichtsverfahren, eine Entscheidung, eine Ladung und/oder andere Gerichtstermine informiert wird.<sup>7</sup> Zuletzt steht auch in Nordirland die Gewährleistung der Information über das Verfahren und dessen Fortgang im Mittelpunkt. Zustellung ist ein allgemeiner Begriff für die Schritte, die erforderlich sind, um den Verfahrensbeteiligten gerichtszugehörige Dokumente zur Kenntnis zu bringen.<sup>8</sup>

## II. Bedeutung der Zustellung

### 1. Zustellung des verfahrenseinleitenden Schriftstücks

In einem Zivilprozess ist die Zustellung des verfahrenseinleitenden Schriftstücks von zentraler Bedeutung. Im Regelfall erlangt der Beklagte erst durch sie Kenntnis von dem gegen ihn geführten Rechtsstreit.

#### a) Eintritt der Rechtshängigkeit

Die Zustellung des verfahrenseinleitenden Schriftstücks ist häufig mit dem Eintritt der Rechtshängigkeit der Streitsache verbunden. In einem deutschen Zivilprozess begründet die Einreichung der Klageschrift bei Gericht lediglich die *Anhängigkeit* der Streitsache. Die *Rechtshängigkeit* wird hingegen erst durch die Klageerhebung, also zum Zeitpunkt der Zustellung der Klageschrift (§§ 253 Abs. 1, 271 Abs. 1 ZPO), begründet (§ 261 Abs. 1 ZPO).

In England und Wales wird ein Verfahren dadurch eingeleitet, dass das Gericht auf Antrag des Klägers ein spezielles Formblatt (*claim form*) ausstellt (Rule 7.2 (1) CPR). Innerhalb einer Frist von vier Monaten muss sodann der maßgebliche Schritt aus der Tabelle in Rule 7.5 (1) CPR vorgenommen werden. Dieser ist eng mit der Zustellung verknüpft, es kommt jedoch nicht mehr darauf an, ob die Zustellung der *claim form* innerhalb der Frist erfolgt.<sup>9</sup> Wenn die Zustellung im Ausland erforderlich ist,<sup>10</sup> verlängert sich die Frist auf sechs Monate, allerdings ist der tatsächliche Zustellungszeitpunkt maßgeblich (Rule 7.5 (2) CPR). Ob die Rechtshängigkeit auch in einem englischen Prozess erst mit der Zustellung der *claim form* oder bereits mit dessen Ausstellung eintritt, ist umstritten.<sup>11</sup>

<sup>7</sup> Informationen zu Schottland, in: Europäische Kommission (Hrsg.), Europäisches Justizielles Netz, Zustellung von Schriftstücken, e-justice.europa.eu, unter 1.

<sup>8</sup> Informationen zu Nordirland, in: Europäische Kommission (Hrsg.), Europäisches Justizielles Netz, Zustellung von Schriftstücken, e-justice.europa.eu, unter 1.

<sup>9</sup> Anders noch die bis zum 31.9.2008 geltende Fassung, dazu *Coulson*, *The White Book 2023 – Volume 1*, Section A Rn. 7.5.1.

<sup>10</sup> Dazu *Brightside Group Ltd v. RSM UK Audit LLP* [2017] 1 W.L.R. 1943 Rn. 18; *Kennedy v. National Trust for Scotland* [2018] 1 W.L.R. 158 Rn. 11: Rule 7.5 (2) CPR erfasst auch die Zustellung in Schottland und Nordirland.

<sup>11</sup> Das Problem stellte sich im englischen Recht bis zum Beitritt des Vereinigten Königreichs zum EuGVÜ nicht. Die Entscheidungen der Gerichte sind uneinheitlich, dazu schon

In Schottland wird das Verfahren durch die Einreichung der Klageschrift (*summons*) beim *Outer House* des *Court of Session* anhängig gemacht (Rule 13.1 CSR). Das Gericht versieht die Klageschrift mit einem Siegel (*signed*; Rule 13.5 (1) CSR), das den Kläger oder dessen Anwalt zur Zustellung an den Beklagten ermächtigt (Rule 13.6 (a) CSR). Die Rechtshängigkeit der Streitsache wird erst durch die erfolgreiche Zustellung an den Beklagten begründet.<sup>12</sup> Wenn diese nicht innerhalb von einem Jahr und einem Tag vorgenommen wird, erledigt sich das Gerichtsverfahren (Rule 13.7 (2) CSR).

In Nordirland wird ein Verfahren vor dem *High Court* grundsätzlich durch die Ausstellung des *writ* eingeleitet (Order 5 R. 1 und 2 RCJ). Der Kläger hat denn zwölf Monate Zeit, die Zustellung nach Order 10 RCJ zu bewirken (Order 6 R. 7 (1) RCJ). Die Frage der Rechtshängigkeit ist entsprechend zum englischen Recht zu lösen.<sup>13</sup>

Die Frage, ob und wann ein Rechtsstreit rechtshängig geworden ist, kann im grenzüberschreitenden Rechtsverkehr Bedeutung erlangen, wenn parallel mehrere konkurrierende Gerichtsverfahren eingeleitet werden (sog. „positiver Kompetenzkonflikt“). Aus deutscher Sicht setzt sich im Grundsatz das Verfahren durch, das früher eingeleitet wurde (sog. „Prioritätstest“; vgl. Art. 29 und 33 Brüssel Ia-VO, § 261 Abs. 3 Nr. 1 ZPO analog<sup>14</sup>).<sup>15</sup> Eine in Deutschland eingereichte Klage droht somit durch ein ausländisches Verfahren „überholt“ zu werden, wenn das dortige Recht die Rechtshängigkeit an die Klageeinreichung knüpft oder die Zustellung im ausländischen Verfahren eine kürzere Zeit

---

*Dohm*, Einrede ausländischer Rechtshängigkeit, S. 118 ff. Für die Zustellung (wohl h.M.): *Dresser U.K. Ltd. v. Falcongate Freight Management Ltd. (The Duke of Yare)* [1992] Q.B. 502 (514 ff.); *Neste Chemicals v. DK Line (The Sargasso)* [1994] C.L.C. 358 (361 f.); *Molins Plc. v. G.D. S.p.A.* [2000] 1 W.L.R. 1741 Rn. 35; *Tavoulares v. Tsavlis (The Atlas Pride)* [2004] 1 C.L.C. 423 Rn. 7; *Cameron v. Liverpool Victoria Insurance Co Ltd* [2019] 1 W.L.R. 1471 Rn. 14. Für die Ausstellung der *claim form*: *Canada Trust Co v. Stolzenberg (No. 2)* [2002] 1 A.C. 1 (10 ff.); *Phillips v. Symes* [2008] 1 W.L.R. 180 Rn. 42 ff.

<sup>12</sup> *Smith v. Conner & Co. Ltd.* Scots Law Times 1979, 25 (26 f.); *Schlösser*, Bericht zum Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des VKs zum EuGVÜ, in: Amtsblatt Nr. C 59 vom 5.3.1979, S. 71 Rn. 182.

<sup>13</sup> Vgl. *Dohm*, Einrede ausländischer Rechtshängigkeit, S. 122, der davon ausgeht, dass sich die nordirischen Gerichte an der *Dresser*-Entscheidung orientieren werden. Mit der wohl herrschenden Meinung ist somit auf die Zustellung des *writ* abzustellen.

<sup>14</sup> Im internationalen Kontext ist § 261 Abs. 3 Nr. 1 ZPO – mit der Einschränkung, dass mit der Anerkennung der ausländischen Entscheidung zu rechnen sein muss – analog anzuwenden, BGH v. 16.6.1982 – IVb ZR 720/80, FamRZ 1982, 917; v. 10.10.1985 – I ZR 1/83, NJW 1986, 2195; v. 18.3.1987 – IVb ZR 24/86, NJW 1987, 3083; MüKoZPO/Becker-Eberhard, § 261 ZPO Rn. 73; *R. Geimer*, IZPR, Rn. 2688 m.w.N. A.A. *Schütze*, NJW 1963, 1486; *ders.*, RabelsZ 31 (1967), 233 (243 ff.). Zum Streitstand *Reuß*, JURA 2009, 1 (4).

<sup>15</sup> Siehe zu diesen Vorschriften und den Unterschieden ausführlich *Linke/Hau*, IZVR, Rn. 7.6 ff.; *Schack*, IZVR, Rn. 894 ff.

in Anspruch nimmt.<sup>16</sup> Im Anwendungsbereich des Europarechts wird dieses Problem dadurch gelöst, dass der für den Prioritätstest maßgebliche Zeitpunkt verordnungsautonom bestimmt wird und somit Besonderheiten des nationalen Rechts außer Betracht bleiben (vgl. Art. 32 Brüssel Ia-VO).<sup>17</sup> Im autonomen deutschen Recht nimmt die herrschende Meinung die Gefahr einer solchen Überholung durch das ausländische Gerichtsverfahren hingegen hin und bestimmt den für den Prioritätstest maßgeblichen Zeitpunkt anhand der dortigen *lex fori*.<sup>18</sup>

Nach dem Brexit werden Prozesse, bei denen sich die internationale Zuständigkeit der deutschen Gerichte aus Art. 4 oder Art. 7–9 Brüssel Ia-VO ergibt, aus deutscher Sicht nach Art. 33 Brüssel Ia-VO behandelt.<sup>19</sup> Auch hier ist der Zeitpunkt der Verfahrenseinleitung verordnungsautonom nach Art. 32 Brüssel Ia-VO zu bestimmen. In allen anderen Fällen, insbesondere wenn die internationale Zuständigkeit aus dem autonomen Recht folgt, ist auf § 261 Abs. 3 Nr. 1 ZPO analog zurückzugreifen. Hier kommt es maßgeblich auf eine schnelle Zustellung (im Ausland) an, da ansonsten eine Überholung durch ein konkurrierendes britisches Verfahren droht. Die englischen Gerichte werden demgegenüber stets die *forum non conveniens*-Doktrin in der *lis alibi pendens*-Fallgruppe anwenden und somit nicht nach der zeitlichen Priorität der Verfahrenseinleitung entscheiden.<sup>20</sup>

#### b) Fristwahrung und Fristanlauf

Die Zustellung des verfahrenseinleitenden Schriftstücks dient in den nationalen Rechtsordnungen einerseits der Fristwahrung, andererseits setzt sie Fristen in Gang, die für den Fortgang des Prozesses und die Verteidigung des Beklagten von Bedeutung sind.

---

<sup>16</sup> R. Geimer, NJW 1987, 3085; ders., IZPR, Rn. 2699 f.; ders., in: FS Schütze 1999, S. 205, 210 (speziell zum deutsch-britischen Rechtsverkehr).

<sup>17</sup> Dazu BGH v. 13.9.2016 – VI ZB 21/15, NJW 2017, 564 Rn. 22 ff. Auch hier können Formalitäten der Zustellung Bedeutung erlangen, da die Vorschrift darauf abstellt, dass der Kläger „es in der Folge nicht versäumt, die ihm obliegenden Maßnahmen zu treffen, um die Zustellung des Schriftstücks an den Bekl. zu bewirken“.

<sup>18</sup> BGH v. 9.10.1985 – IVb ZR 36/84, NJW 1986, 662 (663); v. 18.3.1987 – IVb ZR 24/86, NJW 1987, 3083 (3083 f.); v. 12.2.1992 – XII ZR 25/91, NJW-RR 1992, 642 (643); Stein/Jonas/H. Roth, § 261 ZPO Rn. 60. Zu Recht kritisch Linke, IPRax 1982, 229; R. Geimer, NJW 1987, 3085; ders., IZPR, Rn. 2701; Heiderhoff, IPRax 1999, 392 (394); Linke/Hau, IZVR, Rn. 7.28.

<sup>19</sup> Zur Rechtslage bei „positiven Kompetenzkonflikten“ nach dem Brexit Sonntag, Die Konsequenzen des Brexits, S. 104 f.; Hau, MDR 2021, 521 Rn. 8 f. Siehe zur maßgeblichen Übergangsvorschrift des Art. 67 Abs. 1 BrexitAbk auch R. Wagner, IPRax 2021, 2 (6 f.).

<sup>20</sup> Hau, MDR 2021, 521 Rn. 9. Ausführlich zur Behandlung von *lis alibi pendens*-Fällen Hayward, Conflict of Laws, S. 33 f.

## Sachregister

- acquis communautaire* 176  
*acta iure imperii* 134  
*agent* 56, 61, 79, 132, 187, 205, 297  
*Alder-Entscheidung* 116, 117, 232  
Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen 15–19, 38, 111, 160, 161, 209, 230, 235, 282, 294  
Anspruch auf rechtliches Gehör 1, 22–23, 25, 27, 28, 29, 41, 218, 254, 290, 294  
*antisuit injunctions*  
– Ablehnung der Zustellung 97–101, 124, 227, 267, 296  
– *comity*-Gesichtspunkte 90  
– *convenience-based* 90  
– *in personam*-Wirkung 100, 101  
– *obligation-based* 90  
– Zivil- und Handelssache 89–90, 114  
Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz 212  
Auslegungsinanz 75, 88, 91, 114, 228, 229, 230  
  
Beschleunigungsgebot 21, 124, 135, 196  
besonderes elektronisches Anwaltspostfach (beA) 248  
Brexit 151  
– Ablauf 150–52  
– Anerkennung und Vollstreckung 19, 160  
– Austrittsabkommen 3, 5, 148, 149, 151, 152, 153, 297  
– *backstop* 151  
– Beweggründe 260, 263  
– Handels- und Kooperationsabkommen 3, 152, 153, 253, 269, 270, 276, 286, 297  
– Rahmenbedingungen 148–149  
– sektoraler Hard-Brexit 153  
– Sondergipfel 151  
– Übergangsvorschriften 153, 154–157, 253, 297  
– Wiederaufleben des deutsch-britischen Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommens 160  
– Wiederaufleben des deutsch-britischen Rechtshilfeabkommens 163–177  
– Wiederaufleben des EuGVÜ 161–163, 176  
*brief amicus curiae* 91  
*British and Foreign Legal Procedure Committee* Siehe *Sumner Committee*  
  
*case law* 50  
*Civil Procedure Act 1997* 50  
*Civil Procedure Rules* 81, 95, 144  
*claim form* 8, 9, 12, 13, 14, 20, 51, 52, 53, 55, 57, 59, 60, 294  
*clausula rebus sic stantibus* 149, 165, 173, 174  
*courtoisie internationale* 49, 70, 100, 295  
  
De-Mail 246, 248, 250  
*desuetudo* 5, 164–172, 172, 174, 177, 253, 288, 297  
deutsch-britisches Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommen 18, 160, 163, 164, 168, 171

- deutsch-britisches Rechtshilfeabkommen
- Anwendungsbereich 75–76
  - Beendigung durch *desuetudo* 164–172
  - Beendigung durch *Obsoleszenz* 172–177
  - Entstehungsgeschichte 74
  - Heilung von Zustellungsfehlern 212
  - Postzustellung 79–81, 184–185
  - Reform 283
  - Übersetzung 82–83
  - unmittelbare Zustellung durch einen *agent* 78–79, 187, 205
  - unmittelbare Zustellung durch zuständige Beamte 82, 185–187
  - Zustellung durch diplomatische oder konsularische Beamte 78, 179, 205–206
  - Zustellung im Wege der aktiven internationalen Rechtshilfe 76–78, 178
- dezentrales IT-System 236, 237, 238
- Diskriminierungsverbot 115
- domicile* 66
- Doppelqualifikation 75, 88, 228
- e-CODEX 237
- eIDAS-VO 237, 245, 246
- Einschreiben International* 202, 203, 297
- enquiry agent* 54, 55
- error of procedure* 51
- Erstreckungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Dänemark 47, 261, 262, 263, 272, 299
- Europäische Zustellungsverordnung
- Anwendungsbereich 113–118, 134, 232–233
  - Brexit 158
  - elektronische Direktzustellung 244–250
  - Entstehungsgeschichte 111–113, 133–134, 231–232
  - Heilung von Zustellungsfehlern 212–215
  - Parallelübereinkommen 268
  - Postzustellung 127–129, 141–143, 242–243
  - Übersetzung 121, 130–131, 146, 193
  - unmittelbare Parteizustellung 243–244
  - Unterstützung bei der Anschriftenermittlung 233–235
  - Verhältnis zu anderen Ab- und Übereinkommen 132–133, 169
  - Zustellung durch diplomatische oder konsularische Vertretungen 125–126, 141
  - Zustellung im Parteibetrieb 129–130, 143–146
  - Zustellung im Wege der aktiven internationalen Rechtshilfe 118–125, 134–141, 236–242
- Europäisches Justizportal 188, 234, 244
- European Union (Notification of Withdrawal) Act 2017* 150
- forum non conveniens* 10, 14, 15, 58
- Gegenseitigkeitsprinzip *Siehe* Reziprozitätsprinzip
- Gerichtsvollzieher 43, 69, 72, 82, 106, 107, 111, 119, 129, 146, 157, 186, 209, 255, 298
- Grundsatz der Doppelfunktionalität der örtlichen Zuständigkeit 15
- Grundsatz der territorialen Souveränität 32
- Günstigkeitsprinzip 18, 109, 110, 133, 170, 177, 178, 295
- Haager Gerichtsstandsübereinkommen 18, 58, 227, 271, 279
- Haager Konferenz für Internationales Privatrecht 64, 85, 88, 175, 188, 223, 239, 250, 251, 252, 280
- Haager Zustellungsübereinkommen
- Anwendungsbereich 86–93
  - Brexit 158
  - Digitalisierung 239, 251, 281
  - elektronische Zustellung 250–252, 282
  - Entstehungsgeschichte 84–86
  - Heilung von Zustellungsfehlern 210–211

- Postzustellung 104–106, 179–184, 201–204
- Reform 257, 280–281
- Übersetzung 108, 192–195, 286, 288, 290
- unmittelbare Parteizustellung 207–209
- unmittelbare Zustellung durch Justizbeamte 106–108, 185–187
- Verhältnis zu anderen Ab- und Über-einkommen 108–110, 177
- Zustellung durch diplomatische oder konsularische Vertreter 102–103, 179, 205–206
- Zustellung im Wege der aktiven internationalen Rechtshilfe 102, 178, 189–200
- Henderson*-Entscheidung 204, 243
- hussier* 62
- International Law Commission 166, 173
- jurisdiction* 14, 13–15, 36, 57
- Justizgewährungsanspruch 1, 4, 5, 20, 21, 20–22, 23, 24, 25, 27, 29, 31, 40, 41, 98, 124, 188, 189, 194, 215, 217, 294
- Kompetenzkonflikt 9–10, 136
- Leffler*-Entscheidung 122, 140, 214
- lex fori* 10, 67, 71, 77, 104, 115, 201, 203, 204, 228, 229
- lex posterior*-Grundsatz 166
- lex specialis*-Grundsatz 183
- Luganer Lösung 264, 265, 266
- Master of the Royal Courts of Justice* 94, 119, 190, 191
- messenger-at-arms* 61, 62, 107, 108, 111, 119, 124, 136, 144, 155, 186, 190, 191, 199, 207, 255, 298
- Model European Rules of Civil Procedure 292
- natural forum* 14, 15, 90
- Obsoleszenz* 5, 172–177, 253, 288, 297
- Obsoleterklärung *Siehe Obsoleszenz*
- opt-in* 113, 261, 262
- ordre public*-Vorbehalt 78, 82, 87, 97, 219, 227, 267, 296
- Prinzip der praktischen Konkordanz 24
- process server* 52, 54, 59, 79, 81, 107, 108, 127, 142, 144, 186, 187, 207, 255, 296, 298
- Prozessökonomie 23, 27, 29, 41, 188, 215, 217, 225
- punitive damages* 87
- Recht auf ein faires Verfahren 22, 108
- Rechtshängigkeit 2, 8–10, 11, 136
- Rechtshilfe
  - aktive innerstaatliche 67
  - aktive internationale 67
  - passive internationale 67
- remise au parquet* 86, 115
- Reziprozitätsprinzip 105, 181, 182, 183
- Royal Court of Justice* 94, 119, 155, 190, 204
- Royal Mail* 54, 202
- Rückschein 23, 45, 47, 70, 80, 127, 129, 142, 201, 243, 297
- Rückschein International* 297
- Rules of the Supreme Court* 71, 81, 95
- Scania*-Entscheidung 115
- Schutzschildtheorie* 35–36, 38–40, 41
- Scottish Government Justice Directorate* 94, 190, 191
- sektoraler Hard-Brexit 3, 253, 259, 297
- Senior Master of the Royal Courts of Justice* 94, 119, 145, 190, 191, 203
- sheriff officers* 107, 108
- solicitor* 30, 52, 55, 61, 85, 94, 106, 128, 130, 142, 144, 186, 190, 207, 249, 255, 296, 298
- Souveränitätsinteressen 1, 31, 35, 38, 88, 188, 226, 227, 254, 295
- Souveränitätsverständnis 282
  - Deutschland 34–35, 226, 228, 295
  - Herleitung 32–34
  - Kritik 37–40
  - Neuordnung 40–41

- *Schutzschildfunktion* Siehe *Schutzschildtheorie*
- Vereinigtes Königreich 36–37, 295
- splendid isolation* 66
- Staatshaftungsanspruch 135, 196
- subpoena* 36
- Sumner Committee* 73, 74
- sunset clause* 149
- Supreme Court* 150
  
- transient rule* 13
- Turner/Grovit-Entscheidung* 124
  
- unbekannter Aufenthalt 25, 49, 69, 86, 118, 233, 235
  
- Vergemeinschaftung 112, 292
- Verjährung 11–12, 122, 140, 200
- Vertrag von Amsterdam 112
- Vertrag von Lissabon 148
- Vertrag von Maastricht 112
- Vorabentscheidungsverfahren 229, 263, 264
  
- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand 26, 30, 92, 225
- Wiener Vertragsrechtskonvention 105, 162, 163, 165, 166, 181, 182
- Woolf-Reform* 50
  
- Zentrale Behörde 93, 94, 95, 97, 103, 108, 110, 118, 156, 178, 189, 190, 191, 193, 195, 196, 198, 227, 238, 252, 287
- Zivil- und Handelssache
  - deutsch-britisches Rechtshilfeabkommen 75
  - Europäische Zustellungsverordnung 113–114
  - Haager Zustellungsübereinkommen 89, 228
  - Straf-, Steuer- und Verwaltungssachen 89, 114, 134
  
- Zustellung
  - Adressat 43, 52
  - Amtszustellung 42, 43, 44, 51, 57, 128, 144, 145
  - Annahmeverweigerungsrecht 46, 121, 122, 131, 137, 138, 139, 140, 146, 193, 213, 214, 215, 221, 222, 223, 240, 241, 289
  - Begriff 7–8
  - Belehrungspflichten 223–224
  - Datum 125, 135, 200
  - Dauer 26–27, 102, 124, 135, 189, 196, 195–198, 237, 245, 293, 295
  - Digitalisierung 3, 232, 236, 247, 252
  - einheitliches Zustellungsrecht 50, 257, 292, 291–293
  - elektronische 60, 61, 63, 120, 230, 256
  - fiktive 25–26, 39, 48–50, 60, 62, 63, 69, 86, 93, 114, 216–221, 225, 233
  - förmliche 77, 95, 120, 191, 192, 289
  - formlose 77, 96, 120, 121, 125, 191
  - Heilung von Zustellungsfehlern 19, 140, 209–215, 222
  - Kosten 78, 102, 124, 136, 143, 194, 198–199, 245, 289, 290, 293
  - magisches Dreieck 31
  - Nachweis 201–203, 243
  - öffentliche Siehe Zustellung
    - fiktive
  - Ordnungsmäßigkeit 17, 112, 115, 294
  - Parteizustellung 42, 43, 51, 61, 62, 72, 129, 144, 187
  - Rückwirkung 11–12, 195
  - *substituted service* 63, 118, 220
  - Übersetzung 28–29, 82–83, 108, 192–195, 221–223, 256, 288, 290, 295
  - Zusammenhang mit der Zuständigkeit 13–15, 294
  - Zustellungsbevollmächtigter 23, 25, 29, 30, 29–30, 48, 49, 68, 69, 93, 117, 217, 233